

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 11

Ersteinst Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbestellung.  
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 9. März 1930

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 8-12 IV.  
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

## Der deutsche Auslandshandel mit Papierwaren.

Eine wesentlich bessere Entwicklung als der deutsche Auslandshandel mit Büchern zeigen die übrigen Gruppen der Papierverarbeitung. Die Ausfuhr von Briefpapierpackungen (Papierausstattung) hatte schon in den letzten Jahren die Höhe der Vorkriegsziffern erreicht, fünf weitere Warengruppen diese zum Teil ganz erheblich überschritten. So stieg die Ausfuhr an Glückwunschkarten u. ä. von 58 759 Doppelzetteln im Jahre 1913 auf 96 188 im Jahre 1929. Noch stärker war die Nachfrage nach Lüten und Beuteln, Faltschachteln und ähnlichem Verpackungsmaterial, dessen Ausfuhrmenge von 24 732 Doppelzetteln auf 80 714 Doppelzettel, also auf das Zweieinhalbfache der Vorkriegszeit stieg. Den größten Aufschwung verzeichnet die Gruppe Einbanddecken, Mappen, Klappen und Etuis. In diesen Artikeln stieg die Ausfuhrmenge auf das Dreifache gegenüber 1913, von 5067 Doppelzetteln auf 16 824 Doppelzettel.

Weniger stark war die Nachfrage nach ausgeprägten und verzieren Papier- und Pappwaren. Trotzdem zeigt auch diese Gruppe bereits ein Plus von 331 Doppelzetteln gegenüber der Ausfuhrmenge von 1913. Ähnlich ist die Entwicklung bei der Ausfuhr von Lampenschirmen, Laternen, künstlichen Blumen und anderen feinen Papierwaren. Hier sind durch eine Teilung der Zolltarifpositionen genauere Vergleiche nur sehr schwer möglich.

Mit Ausnahme der Gruppe Schreibhefte, Preisverzeichnisse u. ä., deren Ausfuhrziffer immer noch ein in seinen Ursachen nicht recht zu erkennendes Minus von 25 Proz. gegenüber der früheren Ausfuhrmenge aufweist, hat der Rückgang in den übrigen drei noch wesentlichen Warengruppen ganz natürliche Gründe in der veränderten Geschmacksrichtung und in der Bedarfsumstellung der Warenverbraucher. So hat sich zum Beispiel das Kartothek- und Lese-Blätter-System im Geschäftsleben immer mehr eingebürgert und den Verbrauch von Geschäftsbüchern stark in den Hintergrund gedrängt. Es ist daher nicht auffallend, daß der Absatz an Geschäfts- und Notizbüchern, der 1913 noch 16 962 Doppelzetteln betrug, in den letzten fünf Jahren um 4000 Doppelzettel geringer war.

Hauptsächlich auf die veränderte Geschmacksrichtung ist auch die nur noch ein Drittel der Vorkriegsmenge betragende Ausfuhr von Postkarten mit Bild u. ä. zurückzuführen. Der Absatz an Ansichtskarten, der vor zwei bis drei Jahrzehnten auf dem Höhepunkt stand, ist seit dieser Zeit immer mehr zurückgegangen. So betrug die Ausfuhrmenge 1908 51 547 Doppelzetteln, sie ging dann von Jahr

zu Jahr zurück und war 1913 schon auf 37 954 Doppelzetteln, 1929 auf 12 644 Doppelzetteln gesunken.

Als natürliche Folge des Rückganges im Ansichtskartenverbrauch zeigt auch die Ausfuhr von Alben und Sammelbüchern eine gleich starke rückläufige Bewegung. Während 1913 die Ausfuhrmenge in dieser Waren-gattung noch 9651 Doppelzetteln betrug, war sie in den letzten Jahren gleich der Ansichtskartenausfuhr auf ein Drittel gesunken. Ausgeführt wurden im Vorjahre nur noch 3551 Doppelzetteln.

Für die gesamte Papierindustrie ergibt sich fast eine Verdoppelung der Ein- und Ausfuhrmenge gegenüber 1913. In diesem Jahre wurden 5 674 454 Doppelzetteln ausgeführt, im Jahre 1929 jedoch 9 512 053 Doppelzetteln. Die Einfuhrmenge stieg im gleichen Zeitraum von 1 202 969 auf 2 598 128 Doppelzetteln.

Das größte Hemmnis für den Auslandshandel sind die Zollschranken. Nicht nur der deutsche Zolltarif ist ein großes Hindernis, sondern auch der alle sechs Monate kündbare deutsch-französische Handelsvertrag sowie der jahrelange Zollkrieg mit Polen und die Bestrebungen auf Erhöhung der Zollsätze und besonders auch der amerikanischen Zolltarif mit seinen fortgesetzten Erhöhungen. Allmählich bringt die Erkenntnis der Schädlichkeit der Zolltarife auch in Unternehmertreue, so daß sich die Bestrebungen nach Abbau und nach Aus-gleichung der verschiedenen Zolltarife jetzt stärker geltend machen. Aus diesen Bestrebungen heraus ist die Genfer Zollfriedens-tagung entstanden, die über ein Zollfriedens-abkommen — wenigstens zunächst für die europäischen Staaten — zu beraten hat. Ein besonderer Ausschuß soll diesen Zweck dienen. Ein weiterer Ausschuß wurde mit der Ausarbeitung eines Programms für die Wirtschaftsverhandlungen während des Zollfriedens beauftragt. Es ist schon ein Gewinn, wenn damit der Anfang gemacht ist, alle hiermit zusammenhängenden Fragen in vernünftige Bahnen zu leiten.

Die Entwicklung des deutschen Auslandshandels in den letzten Jahren berechtigt zu den besten Hoffnungen. Zu bedauern ist jedoch, daß trotz dieser gebesserten Situation die Lage des Arbeitsmarktes immer trostloser wird. Darum ist auch die Forderung nicht ungerechtfertigt, daß die Großindustrie, die durch ihre Rationalisierungs- und Verschmelzungsbestrebungen zum wesentlichsten Teil an der ungeheuren Arbeitslosigkeit die Schuld trägt, auch in entsprechend starkem Maße durch größere finanzielle Opfer zur Binderung der Arbeitslosennot herangezogen wird.

## Der Ausschuß des ADGB.

(Schluß.)

In der Aussprache wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Wendungen im parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften gebracht haben. Für Steuererhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicherungen auf sozialpolitischem Gebiete damit Hand in Hand gehen. Die Not der Massen ist so groß, daß jede weitere Belastung ohne eine solche Garantie auf schärfsten Widerspruch stoßen würde.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerermäßigungen gestatte, hingewiesen. Bei der Beurteilung der gegenwärtig zu lösenden finanzpolitischen Aufgaben muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß zur Sanierung des Haushalts ein Betrag von 700 Millionen Mark erforderlich ist. Partei wie Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung unter allen Umständen stattfinden muß. Eine ideale Lösung wird es nicht geben. Erforderlich ist jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches. Die verschiedenen Pläne, die diesen Zweck erreichen wollen, ohne auf Steuermittel zurückzugreifen, sind eine Bedrohung der Arbeitslosenversicherung. Gegen jede Form der Aufwendung von Mitteln anderer Versicherungsträger für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist einzuwenden, daß dadurch der Bauwirtschaft Mittel entzogen werden. Welcher Weg auch immer beschritten werde — die Verpflichtung des Reiches zur Deckung des Defizits des Reichshaushalts muß bestehen bleiben. Darum müssen Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust, der durch diese Maßnahmen für den Bauredit entsteht, ausgeglichen werde durch eine Belebung der Kapitaleinfuhr. Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß 700 Millionen Mark durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Der Gedanke eines Notopfers als Zuschlag zur Einkommensteuer sei erwägenswert, jedoch werde sich nicht der volle Betrag von 250 Millionen Mark einbringen lassen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer würde eine starke dauernde Belastung der Massen bedeuten, die nicht zu billigen wäre. Wenn man die Wahl hat zwischen dieser Steuer und der Biersteuer, so müsse man sich für die letztere entscheiden.

Als die Gewerkschaften die vor Jahren eingeführte Rationalisierung als notwendig und förderlich anerkannten, stellten sie die Bedingung, daß die Folgen der Rationalisierung nicht den Arbeitern auszubürdet werden dürfen. Jetzt hat die Rationalisierung die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemessene gesteigert und nun verweigern die Nutznießer der Vorteile der Rationalisierung den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung. Steuerliche Belastungen der Massen müssen, wenn sie nicht zurückgewiesen werden können, Hand in Hand gehen mit der Erhöhung der Besteuern. Eine Erhöhung der Biersteuer ist unannehmbar, wenn nicht zugleich

die Weinsteuern wieder eingeführt wird. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Frage zu untersuchen, auf welche Weise die allgemein sehr hohe Spanne zwischen Produktionspreis und Verkaufspreis zu verringern wäre.

Im Verlauf der Aussprache wurde auch darauf hingewiesen, wie unterschiedlich Beamte, Angestellte und Handarbeiter behandelt werden. Es wird gleichsam eine soziale „Terrorpolitik“ getrieben, keine einheitliche Sozialpolitik, welche die Interessen aller Arbeitnehmer gleichmäßig berücksichtigt. Es ist nun die Frage, ob der ADGB, auf die Dauer zulassen kann, daß in solchem Umfange eine nach Berufsgruppen abgestufte Sozialpolitik betrieben wird. Insbesondere haben die Beamten eine bevorzugte Stellung. Sie haben eine gesicherte Existenz als die gesamte andere Bevölkerung. Was haben im Verhältnis zu den Beamten die übrigen Arbeitnehmer für geringe soziale Sicherungen!

Das allgemeine Notopfer auf der Basis der Einkommensteuer müsse möglichst weiten Kreisen auferlegt werden, auch den Arbeitern in der Form, daß die sogenannten Lohnsteuererleichterungen aufgehoben werden. Der einzelne hat diese Entlastung kaum als Erleichterung empfunden, dem Reich dagegen hat sie 120 Millionen gekostet.

Mit großem Nachdruck wurde im weiteren Verlauf der Aussprache hervorgehoben, daß die geringsten Ersparnisse am sozialen Etat völlig unerträglich sind. Gewerkschaften und Partei dürfen nicht in Widerspruch geraten zu der Entwicklung der sozialen Tatsachen. 3 139 000 Arbeitsuchende gab es am 15. Januar und 19 048 offene Stellen. Jede Einschränkung des Versicherungszweckes sei völlig unmöglich. Man müsse vielmehr den Kreis der Krisenfürsorge erweitern. Angriffe der Christen gegen den Arbeitsminister und gegen die Sozialpolitik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie besonders wegen der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge seien durchaus unberechtigt.

Aufs schärfste verurteilt wurde die von großen Unternehmungen systematisch betriebene Kapitalflucht. Es müßten Vorkehrungen gegen sie getroffen und noch nachträglich versucht werden, diese Kapitalien in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft zu zwingen.

Spießdt betonte in seinem Schlußwort, daß der Versuch des Abbaues der Sozialversicherung um so grotesker sei, als verstärkte Aufwendungen zur Unterstützung anderer Erwerbsgruppen gemacht werden, z. B. die Maßnahmen zur Stützung des Roggenpreises, Düngerkredite usw. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß ausgebaut werden. Der Plan, diese auf Auslandskredite zu verweisen, ist gefährlich. Vermehrte Einnahmen in der Arbeitslosenversicherung lassen sich erzielen durch Erfassen der tatsächlichen Löhne bei der Beitragsberechnung und durch schnelles Beitreiben der von den Betrieben übertrieben lange zurückgehaltenen Beiträge. Die Einbeziehung der Beamten als Beitragszahler würde den Versicherungscharakter vernichten und starken Widerwillen auslösen. Gerechter und zweckmäßiger ist das Erheben eines allgemeinen Notopfers bei allen höheren Einkommen. Dieses würde dann auch die entsprechenden Schichten des Beamtentums erfassen.

Gräßmann schloß die Debatte, indem er die Ergebnisse der Aussprache, die gleichsam als Richtlinien für die Politik des Bundesvorstandes in der nächsten Zeit angesehen werden können, noch einmal kurz zusammenfaßte. Die Entschliebung: „Zur Finanzlage“ brachten wir in unserer letzten Nummer.

**Der Bundesausschuß wandte sich dann der Arbeitszeitfrage**

zu. Spießdt begründete die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesvorstand vor-

gelegten Entschliebung „Zur Arbeitslosenunterstützung“.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine präzise Fassung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung dringend wünschenswert sei. Internationale Kongresse seien hier mit gutem Beispiel vorgegangen. Man könnte den deutschen Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie einer der wichtigsten Fragen, die sich in den letzten Jahren aus der Entwicklung der Technik, aus den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt ergeben, aus dem Wege gehen, wenn sie diesen Anregungen nicht Folge leisten. Klar umschriebene Forderungen zur Arbeitszeit entsprechen nicht einem demagogischen politischen Agitationsbedürfnis, sie sind sachlich begründet. Es gebe aus der Arbeitslosigkeit keinen anderen Ausweg als die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Die Rationalisierung ist keineswegs identisch mit der technischen und organisatorischen Vervollkommnung der

dürfte es nicht vorkommen, daß Schiedsprüche, die die Arbeitszeit auf 54 und 56 Stunden in der Woche verlängern, für verbindlich erklärt werden. Dem Hinweis der Unternehmer auf ungünstigere Arbeitsbedingungen in anderen Ländern ist damit zu begegnen, daß die durch die fortschrittliche Rationalisierung erreichte Produktivität der Arbeit in Deutschland die Leistungen der Industrie in anderen Ländern weit übertrifft.

Der Bundesausschuß nahm die folgende Entschliebung „Zur Arbeitslosenunterstützung“ bei wenigen Stimmhaltungen an.

**Entschliebung zur Arbeitslosenunterstützung.**

„Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zurzeit bereits rund 3 Millionen arbeitsfähige Menschen zur Unfähigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereinstellung in den Produktionsprozeß, verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher, nicht zuletzt infolge der verheerenden Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederliegen des Baumarcktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten, sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum, durch Bekämpfung der Sozialpolitik und planmäßige Verweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben, die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Abbau der Bühne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart. Für dessen Erfüllung die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Beiträge solidarisch erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angefallenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen angesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuß mit aller Entschiedenheit zurück. Weber eine Gefahrengemeinschaft, noch der darlehensweise Zugriff auf die Mittel der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaues unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedrohungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herabsetzung der für Notstandsarbeiten im Reichetat bereitzustellenden Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß

**Die Schleuse soll geöffnet werden**



**damit Hunger und Elend das verklügelte Volk noch mehr überschwebt. Schützt euch dagegen durch emsige Verbearbeit für unseren Verband!**

Betriebe; sie umfasse ja auch die Tendenz zur privaten Monopolbildung, zu Zusammenschlüssen in den Kartellen und Trusten. So wie sich jetzt die Dinge entwickelt haben, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Vor allem sei die Ueberzeitarbeit entschieden zu bekämpfen. Durch entsprechende Formulierungen in den Tarifverträgen und durch Einwirkung auf die Gewerbeaufsichtsbehörden muß der Bewilligung von Ueberstunden Einhalt geboten werden. Die durch die Rationalisierung bewirkte gesteigerte Leistung und vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft, die zu erheblichen Gesundheitschädigungen für die Arbeiterschaft führte, macht eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich. Ferner ist der frühere Betriebschluß am Wochenende anzustreben. Im Zusammenhang mit den Folgen der Rationalisierung und der Arbeitslosigkeit ist sodann der Lehrlingsausbildung größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In einigen Gewerben ist die Lehrlingsausbildung in Lehrlingszählerelei ausgeartet. Unter solchen Verhältnissen



im Reichssetat Vorsehung getroffen wird, um die im letzten Jahre eingeschränkten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Ueberzeit, die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Ueberarbeit, die heute mehr denn je unberechtigt ist, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Der Bundesausschuß bezeichnet es darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schlichtungsprüfungen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne, noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.

Angeht die Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgedrückt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuß erneut eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Ueberwachung der Preisgestaltung.

Zum Schluß erstattete Grafmann den

#### Bericht des Bundesvorstandes.

Er erinnert an die wiederholten Beschlüsse und Rundgebungen des Bundesvorstandes zu den öffentlichen, politischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit. Mit Hilfe der Ortsausschüsse hat der Bundesvorstand eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt, deren Ergebnis demnächst vorliegen wird. Eine Konferenz der Reichsarbeitsrichter wird vom Bundesvorstand vorbereitet. An eine Reihe von Forschungsinstituten der Wirtschaft und Sozialwissenschaft sowie für Soziale Hygiene hat der Bundesvorstand Unterstützung gegeben.

Zum Leiter der Bundeschule in Bernau hat der Bundesvorstand den Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Genossen Dr. Seelbach, gewählt. Im August wird in der Bundeschule das erste internationale Treffen jüngerer Gewerkschafter, veranstaltet vom IGB, stattfinden.

Die Bemühungen der vom IGB. eingeleiteten Vierländerkommission, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den Grenzgebieten von Luxemburg zu fördern, stoßen auf starke Widerstände, die von kirchlichen Kräften und von den Unternehmern ausgehen. Es ist beschlossen worden, dort zunächst zwei Sekretäre anzustellen.

In den Sachverständigenausschüssen, die bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes mitwirken, sind Gewerkschaftsvertreter aufgenommen worden. Die Gewerkschaftsvertreter setzen sich dafür ein, daß die Gruben im Saargebiet wieder in den Staatsbesitz überführt werden.

An den Vorstandsbereich schloß sich eine kurze Aussprache.

Die Entscheidung über die Frage der Delegation zum internationalen Gewerkschaftskongreß in Stockholm wurde auf die nächste Ausschusssitzung vertagt. Damit hatten die Verhandlungen ihren Abschluß gefunden.

## Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin.

(Schluß.)

Eine der erfolgreichsten Epochen in der Geschichte der Berliner Bibliothek bildet die Tätigkeit des Generaldirektors Adolf von Harnack, der sein Amt am 1. Oktober 1905 antrat, um in dieser verantwortungsvollen Stellung reichlich 15 Jahre, bis zum 31. März 1921, zu verharren. Zunächst ist die seiner Verwaltungszeit angehörende Vollerfüllung des gewaltigen Neubaus der Staatsbibliothek zu erwähnen, wodurch Berlin den größten Bibliotheksbau der Welt erhielt, der ein ganzes Straßenviertel bedeckt. Mit dem Bau des nach den Plänen des Geh. Oberhofbaurats v. Ihne geschaffenen Riesengebäudes wurde 1903 begonnen; mehr als ein Jahrzehnt benötigte die endgültige Fertigstellung. Am 22. März 1914 erfolgte die feierliche Einweihung.

Das überraschend schnelle Wachstum der Bibliothek machte eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen notwendig. So wurde 1906 die Generalverwaltung erweitert und neben dem Generaldirektor ein Erster Direktor bestellt, ferner wurde 1912 durch die Angliederung der „Deutschen Musiksammlung“ die bisherige Musiksammlung der Bibliothek zu einer sogenannten vollen „Abteilung“ erhoben. Ähnlich entwickelte man 1918 aus Druck- und Handschriften eine sogenannte „Orientalische Abteilung“; eine beachtenswerte Neuerung ergab sich auch 1920 durch Begründung einer besonderen „Lautabteilung“.

Unter den Bucherwerbungen aus dem ersten Viertel unseres Jahrhunderts seien als die wichtigsten die folgenden hervorgehoben. Im Gymnasium in Heiligenstadt besaß sich eine alte Bücherei, die aus dem 1773 aufgehobenen Jesuitentempel und aus den Klöstern des Eichsfeldes stammte. Mit Hilfe einer mäßigen Geldentwähigung gelang es 1907, den größten Teil dieser alten Heiligenstädter Bibliothek der Berliner Bibliothek zuzuführen. Darunter befanden sich allerdings 58 meist jüngere Handschriften und 3641 Drucke des 15. bis 17. Jahrhunderts, hierunter einige Stücke des ältesten Mainzer Buchdruckes. Wertvoll war auch die einige Jahre später erfolgte Erwerbung von 197 Inkunabeln aus den Resten der einstigen Magdeburger Dombibliothek, die sich im Besitz des dortigen Dombauamtes befanden. Einen recht wertvollen Zuwachs erhielt Berlin auch durch die Umstellung der einstigen „Rgl. Bibliothek“ in Erfurt. Aus Erfurt kamen hierbei zum Teil auf dem Kaufwege 203 Bände Handschriften, 645 Inkunabeln und 5070 Drucke des 16. Jahrhunderts in die Berliner Besitz. Im Jahre 1909 gelang es nicht ohne Schwierigkeit und mit erheblichen Mitteln, die vor der Gefahr des Auslandsverkaufes stehende alte Kirchenministerialbibliothek in Celle für Deutschland zu retten, für welchen Zweck auch die Göttinger Universitätsbibliothek 65 000 Mk. zur Verfügung stellte, so daß ein Teil der wertvollen Bücher nach Göttingen kam. Die aus der Reformationszeit stammende Celler Bibliothek ist besonders reich an kirchlichen Werten. Hervorzuheben ist hier die Sammlung von Kirchenordnungen des Celler Superintendenten Chr. Botelmann, durch die der ohnehin reiche Bestand aller Kirchenordnungen Berlins eine Vollkommenheit erlangt hat, die von keiner Stelle mehr zu überholen ist. Außerdem enthielt die Celler Bücherei nicht weniger als 2347 Bände aus dem 16. Jahrhundert. Ueberaus Wertvolles erbrachte auch die Erwerbung der Görz-Wrisbergschen Bibliothek zu Wrisbergholzen bei Hildesheim. Es handelte sich hier um eine 13 000 Bände umfassende Bücherei in einem gleichmäßig weißen Pergamentband aus den Gebieten der Theologie, Rechtswissenschaft und Geschichte, darunter zahlreiche Disputationen, Deduktionen, Flugschriften und Gratulationsprogramme.

Erwähnung verdient, daß die Berliner Bibliothek in den letzten Jahrzehnten auch der Sammlung der deutschen Romane größere Aufmerksamkeit schenkte, die bis zu den 1880er Jahren ziemlich vernachlässigt wurden. Um diese so entstehenden Lücken zu beseitigen, hatte man sich entschlossen, einige ältere Leihbibliotheken anzukaufen. So wurden 1906/1907 die alte Schaubische Leihbibliothek in Düsseldorf mit 3081 Bänden, im Folgejahr die Behrendtsche Leihbibliothek in Berlin mit 1794 Bänden und die Klingelsche Leihbibliothek in Heidelberg 1920/1921 mit etwa 1000 Bänden erworben. Diese alten Leihbiblio-

theken mit ihren Ritter- und Räuberromanen sind für die Geschichte des literarischen Geschmacks um 1800 nicht ohne Bedeutung.

Aus der Fülle der Anlässe kleinerer geschlossener Sammlungen durch die Berliner Bibliothek seien die folgenden kurz hervorgehoben: 1907/1908 Schriften zur Geschichte der altatholischen Bewegung vom Pfarrer Dr. Riets; 1908/1909 ältere Schul- und Universitätschriften als Dubletten von der Ständischen Bibliothek in Fulda, 1910/1911 seltene alte deutsche Fibeln, Lese- und Rechenbücher aus dem Nachlaß des Prof. Fehner; 1911/1912 Schriften über den Karlisten-Aufstand; schweizerische Dubletten der Stadtbibliothek Zürich; 1915/1916 wertvolle Drucke des 16. Jahrhunderts aus dem Nachlaß des Erzprieesters Faber, ferner eine Sammlung von Schriftproben deutscher Schriftgießereien; 1918/1919 zwei Sammlungen der verstorbenen Architekten Baurat Rayler und Baurat Walther, wertvoll durch eine stattliche Zahl von Architekturwerken.

Unter den sonstigen Zugängen der letzten Zeit seien noch erwähnt: im Jahre 1916 die Autographien des Komponisten Joachim Raff, eine sehr wertvolle Sammlung von 3000 Kochbüchern als Vermächtnis des Dr. G. W. Freund im gleichen Jahre; ferner durch Kauf im Jahre 1917 der kartographische Nachlaß der Geographen Heinrich und Richard Kiepert; außerdem die Autographien des Komponisten Heinrich Marschner. Wertvoll war auch 1918 der Erwerb des biographischen Materials zu Franz Brümmer's deutschem Dichterlexikon, darunter 3000 Bildnisse. Im Jahre 1919 wurde das Kartenarchiv des früheren Großen Generalstabs, insgesamt 300 000 Blatt, der Staatsbibliothek einverleibt. Im Jahre 1920 kam der Nachlaß Gustav Freytags, etwa 6000 Briefe und Schriftstücke, in den Besitz der Bibliothek. Schließlich sind noch zwei Sonderheiten der Berliner Bibliothek zu erwähnen, nämlich die aus Anlaß des Weltkrieges geschaffene „Kriegssammlung“ und den welthistorischen Ereignissen sich anschließende eine besondere „Revolutionsammlung“. Die „Kriegssammlung“, sich sowohl auf die deutsche als auch fremde gesamte Kriegsliteratur erstreckend, umfaßt mehr als 50 000 Nummern. Daneben gehören zur Kriegssammlung noch 4200 Karten, 2000 Bildplattate, 5700 sonstige Erzeugnisse der Graphik, 29 000 Photographien, 25 600 Ansichtskarten, 6000 Karikaturen und 4000 Kriegsmusikalien.

Aus der sonstigen allgemeinen Geschichte der Staatsbibliothek der letzten Jahrzehnte ist noch hervorzuheben, daß sich am 26. Februar 1914 ein „Verein der Freunde der königlichen Bibliothek“ gründete, der mit eigenen gesammelten Mitteln ständig wertvolle Buchgeschenke der Bibliothek überweist. Diese Werke sind ihrer Herkunft nach durch ein besonderes Zeichen kenntlich gemacht.

Das Erste der deutschen Republik im Jahre 1918 machte naturgemäß auch einen Namenswechsel notwendig; die „Königliche Bibliothek“ wandelte sich in „Preussische Staatsbibliothek“. Der Gesamtbestand betrug am 31. März 1925 an Drucken 1 984 234 Bände, an Handschriften 54 510; dazu die Musikabteilung mit 307 058 Bänden, 25 618 Handschriften und 32 232 Autographien, ferner die Kartenabteilung mit 288 724 Kartenblättern ohne Generalstabkarten, 30 836 Landeskarte und Städtebildern, 60 000 geographischen Ansichtspostkarten, 7678 historischen Einblattdrucke, 50 000 Weltkriegsbildern, 15 908 Bildnisse und 2529 Exlibris. Der ordentliche Vermehrungssatz beträgt 267 000 Mk., der außerordentliche Etat 230 000 Mk. Das gesamte Personal der Staatsbibliothek dürfte sich zwischen 350 bis 400 Personen bewegen. Auf Generaldirektor Adolf von Harnack war im April 1921 Generaldirektor Fritz Miksa gefolgt, der im Jahre 1926 von Generaldirektor Hugo Krüß abgelöst wurde. Die wissenschaftlichen Träger der Verwaltung sind vornehmlich die Abteilungsdirektoren, Oberbibliothekare und Bibliothekare. Auch die Zahl der Bibliotheksreferentinnen ist nicht unerheblich. Unter dem etwa 50 Personen starken Hauspersonal nehmen die etwa 35 Personen zählenden Buchbinder eine besondere Stellung ein. Geschichte und Tradition, aufopfernd ernster Arbeit gewidmet, haben die Preuss. Staatsbibliothek zu einer Herde der deutschen Wissenschaft erhoben. Auch in Zukunft wird dieser Ruhmesweg nicht verlassen werden, dafür bürgt die Gesamtheit der gegenwärtigen Verwaltung.

Dr. P. Martell.



# Zur Unterhaltung

## Der Streifbrecher.

Von Kurt Heilbut.

Bei dem großen Lohnstreik hielt der lange Adams die Stunde für gekommen, die sich jedem einmal bietet, die Stunde, in der das Glück einem die Hand reicht. Und er, Friedrich Wilhelm Adams, war nicht der Mann, diesen Augenblick ungenutzt vorübergehen zu lassen! Oho, er würde schon zapacken!

So blieb er in der Bude, als die andern die Arbeit hinwarfen und dem Unternehmer erklärten, daß sie für den Drecklohn nicht länger arbeiteten.

Der Meister sah ihn erstaunt an, als Adams blieb: „Na, Adams, Sie sind doch organisiert?“

„Ich arbeite weiter!“ erwiderte dieser kurz und mürrisch. Dem Meister war es natürlich recht. Je mehr eingearbeitete Leute blieben, um so leichter waren neue Arbeiter anzulernen.

Auch Eili Adams machte große Augen, als ihr Mann ihr erzählte, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen habe. Eili ist die Tochter eines sozialistischen Führers. Von klein auf hat sie die sozialistischen Lehren in sich aufgenommen. Sie hat selbst vor ihrer Heirat in einer Fabrik gearbeitet und am eigenen Leibe die Machtlosigkeit und Einflußlosigkeit des einzelnen und die Notwendigkeit einer großen, geschlossenen Organisation kennengelernt. So hielt sie die Erklärung ihres Mannes, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen habe, zunächst für einen Scherz.

Als sie merkte, daß es ernst ist, brach sie in fassungsloses Weinen aus. Das Gefühl der Klassengemeinschaft war ihr etwas so Selbstverständliches, daß ihr niemals auch nur der Gedanke an die Möglichkeit gekommen wäre, sich von dieser Gemeinschaft zu lösen. Und daß nun gar ihr Mann sich

von dieser Gemeinschaft losgerissen hatte, war ihr einfach unfassbar.

„Ach was, hab dich nicht so, Eili! Solidarität und Zusammengehörigkeit sind gewiß etwas sehr Schönes. Aber ich pfeif darauf, wenn sie mich in meinem Fortkommen hindern. Vorwärts will ich! Hochkommen will ich! Du glaubst ja auch an den Klassenkampf und weißt so gut wie ich, daß wir, die wir heute leben, niemals den Sieg unserer Klasse selbst erleben werden. Ich will mich aber nicht mein ganzes Leben lang treten lassen wie Vater, wie deine und meine Brüder, wie all die andern unserer Klasse! Ich will nicht! Ich will mich nicht länger treten lassen! Und wenn denn schon getreten werden muß, dann will ich lieber selber treten, als getreten werden! Und dann — seine Stimme wurde weicher — denk an unsere Kinder, Eili! Die sollen es doch einmal besser haben als wir!“

Der Streik ging verloren, wie Adams es vorausgesehen hatte. Er ist Vorarbeiter geworden mit der Aussicht, zum Meister aufzurücken, sobald ein Platz frei wird.

Und doch wird Adams seines Aufstiegs nicht recht froh. Daß er während des Streiks mit allerlei Gefindel zusammenarbeiten mußte, die man von überall her zusammengeholt hat, um die Kraft der Organisierten zu brechen, das ging noch an. Schlimmer ist die Verachtung der früheren Arbeitskollegen. Und kaum zu ertragen ist es, daß auch seine Frau darunter zu leiden hat, die tiefer als er diese Verachtung und den gesellschaftlichen Boykott empfindet.

Von der gedrückten Stimmung im Haus sucht Adams Trost und Vergessenheit im Wirtshaus. Zuerst selten. Dann öfter.

Zwar ist er sich völlig klar darüber, daß dieser „Trost“ ein teures und recht kurzes Vergnügen ist.

Und daß er sich nachher um vieles elender fühlt als vorm. Aber er kann der Lockung nicht mehr widerstehen.

Der Streik ging verloren, aber er wurde zu keiner Niederlage der Gewerkschaften, die den Kampf rechtzeitig abbrachen. Die kluge Führung des Verbundes hatte nur die beiderseitigen Kräfte messen und die Front des Gegners abtaffen wollen. Und als die Gewerkschaften zwei Jahre später in einem günstigen Augenblick — es war Hochkonjunktur und gab wenig freie Arbeitskräfte — den Kampf erneut aufnahmen, da erlangen sie einen vollen Erfolg. Nicht nur in der Lohnfrage. Die Unternehmer des Bezirkes mußten sich verpflichten, nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einzustellen. Damit flog auch Adams auf die Straße.

Seitdem ging es mit ihm bergab. Beirant er sich zuerst nur in größeren Zeitabständen, dann wurden diese Zwischenräume immer kürzer. Fand er auch, da er ein großer, stämmiger Kerl war, leicht Arbeit, dann wurde er meist ebenso rasch wieder entlassen, sobald man keine Schwäche erkannte.

Mit der tapferen Selbstverständlichkeit, mit der Frauen sich meist in das Unvermeidliche finden, trug Eili Adams ihr Geschick. Sie nahm den Kampf mit dem Leben auf. Konnte sie auch nicht hindern, daß ihr Mann immer tiefer sank, so wollte und konnte sie doch verhindern, daß er auch sie und die Kinder mit zugrunde richtete.

Es war nicht leicht für Eili, ihren Weg zu gehen. Daß sie für ihre Kinder und bald auch für ihren Mann zu sorgen und das tägliche Brot zu verdienen hatte, war nicht das Schlimmste. Viel schlimmer traf sie das Geschick in ihren Kindern selbst. Waren die beiden Ältesten frisch, gesund und kräftig, der Junge ein Ebenbild des kraftvollen Vaters aus den ersten glücklichen Jahren der Ehe, das Mädel ganz die energische, kluge, lebensfrohe Mutter, so wirkte sich die Trunkenheit des Vaters nur an den jüngeren Kindern aus. Der vom Trunk vergiftete Körper ihres Mannes war nicht mehr fähig, ein gesundes Geschlecht zu erzeugen.

Wer immer als Sozialist für ein besseres Los des kommenden Geschlechtes strebt und kämpft, wird die Schwere des Schicksals nachfühlen können, mit dem Eili gerade in ihren Kindern getroffen wurde.

Aber sie verzweifelte nicht. Konnte sie ihren Mann nicht retten und ihren jüngsten Kindern nicht Gesundheit und Verstand geben, so konnte sie doch arbeiten, daben und kämpfen, um ihren beiden ältesten, gesunden Kindern den Aufstieg zu einem besseren Los zu ermöglichen. Und sie arbeitete, darbt, kämpfte und — siegte! —

Es gibt viele Eili Adams in der Welt.

## Senfe und Cippenstift.

Von Kurt Offenburg.

Michael, ein Student der Philosophie, der zu seinem optimistischen blauen Augenausschlag eine schwere, mächtige Gestalt und die breiten Hände ländlicher Vorfahren mitbekommen hatte, nahm Charleston-Stunden von dem Geld, das er sich in langen Nächten mit Schreibmaschinenarbeit und durch Einpaufen griechischer und lateinischer Weisheit in den Schädel eines Fabrikantenjünglings schwer genug verdient hatte. Das Geld sollte ursprünglich zum Einkauf solcher jenseitiger Güter dienen, wie sie zu seinen Schwärmerbildern paßten: zum Einkauf dickleibiger Schwarten längst vermoderter Weltweisen und zu Kollegeldern. Essen und Trinken waren ohnedies das wenigste, was im Leben Michaels von Belang war.

Doch das Schicksal, das die Frommen bedroht, sagte, daß die mondäne, dunteläugige Schwester des lässigen Schülers mit den weichen Schritten einer eleganten Raga in die Stube kam und mit ihren langen, gepflegten Händen irgendein Ding vom Schreibtisch des Bruders nahm.

Der berühmte und berühmte coup de foudre (zu Deutsch: der Liebes Schlag) traf den armen Michael, als er aufstand und sich links über die blasse Hand beugte.

Er stürzte sich damals schon (wenigstens bildlich) mit der leidenschaftlichen Schüchternheit seiner Träume dem unbekannten Mädchen zu Füßen und war mit Körper und Seele bereit, sich zu — blamieren. Aber, wie es so geht, sie fand ihn ungeheuer romantisch und überdies dekorativ wie eine afrikanische Plastik.

Sie lud Michael zu ihrem Nachmittagssee ein, spürte mit Vergnügen seine schmachtende Fingerissenheit, brennenden Abschiedshandtüche, sehnüchtlgen Berührungen. Schlechtlich und endlich kam es sogar zu einem Ausflug mit dem Bruder.

Michael wußte von dem Mädchen nichts, als was seine hungrigen Träume ihm vorgaukelten. Und überdies war das außer einer niedlichen Gepflegtheit auch das einzige, was an dem mathematischen Fräulein interessant war.

Der Tag war glühend heiß, die kurze Eisenbahnfahrt wie ein Flug in andere Länder. . . . Dann kam das Belpren in einem Wirtshaus, und Michael genoss die Butterbrote, die sie mit ihren heiligen Händen bereitete, wie ein Gläubiger die göttliche Mahlgelt.

Wenig später lagen die beiden (der Bruder Quartaner war — Gott segne ihn! — auf eigene Faust räubern gegangen) am bemoosten Rand des Waldes, in Schatten und Hitze gehüllt. Vor ihnen wellten in üppiger Pracht wogende Felder, tiefer am Horizont und im Dunst des Nachmittags verschwimmend Dörfer und Städtchen.

Michael klopfte das Herz bis zum Halfe. Er wagte nicht, das Gesicht dem Mädchen zuzuwenden, das neben ihm ausgebreitet lag. Er sah nach der anderen Seite.

Und wie als Symbol sommerlichen Reichtums stand ein Mädchen oder eine Frau im Korn und schnitt sie Lehren. Sie war groß und stark, und ihre Hüften wiegten sich mit dem Schwung der Senfe. Dann blieb sie heiß atmend stehen, schob das weiße Tuch vom Kopfe; er blickte, aufwärts gerichtet, in ein braunes, breites, von Sonne durchglühendes Gesicht. Sie lachte unmerkbar und lief wenige Schritte seitwärts an den Rand des Feldes, wo ein Baum weiten Schatten warf; beugte sich nieder, und Michael sah, wie sie ihr Kind aufhob und es an die Brust nahm.

Nem von Korn und heißer Erde drang zu ihm. . . . Jäh war es Michael, als wenn ein Bergesenes, eine Quelle in ihm wach würde. Wie lange war er weg vom Dorf, Vater und Mutter tot. . . . Glück und Leid wuchsen über ihn hinaus und rissen Höflichkeit und Scheuheit fort.

Er wandte sich verzaubert um, der Freundin nahe zu sein. Da sah sie aufgerichtet, müd und gekü das Gesicht, das Spiegeltäschchen auf dem Schoß, und in den dünnen Fingern hielt sie den Stift und war sachlich bemüht, den blassen Lippen die rote Dämonie aufzumalen. Dann lupfte sie mit ernsthaftem und böd verlorenem Ausdruck den grellweißen Buder auf die schmalen Wangen.

Michael fand seine Welt nicht wieder. Er kämpfte gegen ein Lachen, das ihm ins Gehirn flog. Wie komisch sie aussah! Wie ein Harlekin auf einem Reklameplakat: weiß und rot und dumm, und gar nicht wie eine Frau. Und dann sah er in der rückwärtslosen Helle des Nachmittags ihre Knie schmal und spitz durch die seidenen Strümpfe. Verblüdt begann er ein Gespräch und versuchte, in dem Mädchen den Traum und das Glück wiederzufinden, das ihm entgleiten wollte. Aber siehe! — jetzt, da seine Augen geöffnet waren vom Leben, erkannte er lächelnd und schauernd, daß seine Göttin nur der Schatten einer Frau und im Geist eine Gans war.



# Aus der Sozialversicherung



## Maschinismus.

**Maschinen her! Es lebe die Maschine!**  
(was mit den Menschen wird, ist einerlei),  
die Seele schwindet von der Weltenbühne,  
die Technik raft, der Geist ist vogelfrei!

Die Räder rasselnd und die Hebel klirren,  
der Moloch saugt die letzten Tropfen Blut,  
die Hände fliegen und die Zahlen schwirren,  
die Kulis schwingen und der Chef, der ruht.

Ab Mittags tränen die gequälten Augen,  
die Zahlen tanzen zitternd auf und ab,  
der Stundenzähler scheint sich festzuheften,  
die Zeit steht still, ein junger Mann macht schlapp

Der Umsatz schwillt und die Gewinne schließen,  
Gehefte köhnen unter ihrem Joeh, —  
am Jahresluß die Dividenden fließen,  
die Löhne nur, die kören immer noch!!!

## Sozialpolitik trotz alledem.

Sozialpolitik trotz allem, ja, gerade wegen  
der Notlage unseres Volkes! Keine Kapitulatlon vor den Abbaumwünschen!

Reichsarbeitsminister Wissell.

In immer stärkerem Maße wächst die Bedeutung des arbeitenden Menschen in Staat und Wirtschaft und da die Erhaltung der Arbeitskraft die wichtigste Aufgabe aller Wirtschaftspolitik ist und bleiben wird, so werden die sozialpolitischen Auseinandersetzungen nie verschwinden. In einer aufschlußreichen Abhandlung im „Vorwärts“ hat Reichsarbeitsminister Wissell auf die mühselige Arbeit im verkloffenen Jahre hingewiesen. Diese bestand darin, die sozialpolitischen Errungenschaften zu verteidigen und in bestimmten Punkten weiter vorwärts zu treiben. Das sozialpolitische Werk ist im großen und ganzen intakt gehalten und trotz der Krise und trotz des verstärkten Kampfes gegen die Sozialpolitik weiter ausgebaut worden.

Das laufende Jahr wird mehr als jedes andere ein sozialpolitisches Kampfsjahr werden. Neben dem Umbau der Steuergesetze wird die Sozialpolitik der Zankapfel der Interessengruppen sein. Der Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage ist fest umrissen. Er zielt darauf ab, die sozialpolitische Gesetzgebung auf Jahre hinaus zum Stillstand zu bringen. Sehr interessante Einblicke in die Gedankenwelt der Unternehmerschaft vermittelt da eine Umfrage der „Industrie- und Handelszeitung“ an wichtige Industrieunternehmungen im Reich. Ein bedeutendes Spinnereunternehmen faßt seine Wünsche in folgendem Satz zusammen: „Die soziale Fürsorge muß mindestens 5 Jahre lang nicht mehr erweitert werden.“ Die Aktiengesellschaft für schlesische Leinenindustrie gibt der Gedankenrichtung weiter Unternehmertreue durch folgen-

den Satz Ausdruck: „Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung sind u. E. die wichtigsten Punkte, bei denen eine geradezu unglaubliche und im Sinne der sozialen Gesetzgebung durch nichts gerechtfertigte Ausnutzung gesetzlicher Bestimmungen getrieben wird.“ Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind überhaupt die wichtigsten Angriffspunkte der vereinigten Reaktion.

Das Reichsarbeitsministerium hatte zum Jahresbeginn eine Uebersicht über seine nächsten Arbeiten zusammengestellt. U. a. ist von dieser größten und wichtigsten Reichsbehörde folgende gesetzgeberische Tätigkeit geplant: Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeitsrechts ist besonders der Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes zu nennen, der in diesem Jahre der Erledigung entgegengeführt werden soll. Der Entwurf soll eine umfassende Neuordnung des gesamten öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes unter Ausschluß der Sozialversicherung bringen. Er umfaßt den Betriebschutz, die Arbeitszeit, den erhöhten Schutz der Frauen und Jugendlichen, die Sonntagsruhe, den Ladenschluß und die Arbeitsaufsicht, also sehr umfangreiche Gebiete. Das Berufsausbildungsgesetz steht ebenfalls zur Beratung. Die Seemannsordnung soll dem neuen Arbeitsrecht angepaßt werden. Ein Entwurf zum Hausgeshilfengesetz liegt dem Reichsrat vor. Das Tarifvertragsgesetz wird in engem Einvernehmen mit der österreichischen Regierung zu gestalten versucht.

Die Arbeitslosenversicherung wird auch ferner die erhöhte Aufmerksamkeit aller Stellen in Anspruch nehmen. Weiter ist ein Ausbau der Angestelltenversicherung geplant. Die Krankenversicherung soll in wichtigen Grundfragen neu geregelt werden. Die Verbesserung der Reichskleinrentnerfürsorge soll in Angriff genommen werden. Ein Bauhandgesetz liegt im Entwurf vor. Die Fragen des Wohnungsbaus, die ebenfalls zum Gebiete des Reichsarbeitsministeriums gehören und sozialpolitisch von weittragender Bedeutung sind, werden sehr schwierig zu lösen sein. Nicht nur dem Reich und den Kommunen fehlen die Mittel, es sind auch keine Dauerkredite oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen zu bekommen. Ein Gesetz über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern liegt ebenfalls im Entwurf vor. Desgleichen ein Entwurf von Richtlinien für Gewährung von Einrichtungskrediten für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung. Auch diese Fragen sind von großer Bedeutung. Bezüglich des von der Privatwirtschaft geforderten Abbaues des Mieterschutzes steht das Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt, daß an einen beschleunigten Abbau nicht zu denken ist.

Man gehe diese einzelnen Fragen der Sozialpolitik und Sozialversicherung durch und man wird finden, daß bei jedem einzelnen Punkt große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Soll das Reichsarbeitsministerium diese Ar-

beitsleistung vollbringen, dann muß es von allen sozialpolitisch fortschrittlichen Organisationen und Personen gestützt und nötigenfalls gedrängt werden.

Im Jahresbericht der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld und Münster wird in längeren Ausführungen zur Sozialpolitik Stellung genommen. Da wird auch die Frage aufgeworfen: „Wo ist die Grenze der Sozialpolitik?“ Man kann sich vorstellen, daß die Unternehmer diese Grenze sehr eng gezogen wissen wollen. Um eine einigermaßen „tragbare“ Grenze zu ziehen, wird vorgeschlagen, „im Wege freier Zusammenarbeit auf der Basis wirklicher Parität zu gemeinsamen Lösungen zu kommen“. Der Vorschlag, eine Arbeitsgemeinschaft zu errichten, habe keine praktische Gestalt angenommen. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften im gewissen Sinne zugestimmt, „von einem Wandel in den Kreisen der freien Gewerkschaften ist aber nichts zu spüren. Sie stehen abseits, ablehnend, von altem Mißtrauen erfüllt“.

Nach unserer Meinung ist die Grenze der Sozialpolitik außerordentlich flüchtig, sie muß zumindest da gezogen werden, wo die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung gegen willkürliche Ausbeutung geschützt und der Schutz der Gesundheit des arbeitenden Volkes weitgehend gewährleistet ist. Wir wagen zu bezweifeln, daß diese Grenze heute bereits erreicht ist, nach der Meinung der Unternehmer ist sie jedoch schon überschritten. Und im Rahmen dieser beiden Anschauungen werden sich die kommenden Kämpfe abspielen. In dem bereits erwähnten Artikel des „Vorwärts“ kommt der Reichsarbeitsminister Wissell zu folgendem Schluß, dem wir zustimmen:

„Die Sozialpolitik darf nicht zum Stillstand oder gar zum Rückschritt führen. Dazu ist die Gesundheit und die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung ein zu kostbares Gut. Wenn es 1929 gelungen ist, nicht nur der sozialpolitischen Reaktion einen festen Damm entgegenzusetzen, sondern auch manchen Fortschritt zu erzielen, dann ist dies zum guten Teil dem entschlossenen Willen der Gewerkschaften zu verdanken, die eine recht günstige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen haben.“ X.

## Das Krankengeld.

Neben den Sachleistungen (freie ärztliche Behandlung, Lieferung von Arznei und Heilmitteln, Krankenhauspflege usw.) gehört die Gewährung von Krankengeld zu den hauptsächlichsten Leistungen der reichsgesetzlichen Krankenversicherung. Das Krankengeld soll den arbeitsunfähig erkrankten Rassenmitgliedern einen Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst bieten. Es heißt über das Krankengeld in § 182 der Reichsversicherungsordnung:

„Als Krankenhilfe wird neben der Krankenpflege Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Kalendertag gewährt, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom 4. Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.“

Voraussetzung für den Bezug des Krankengeldes ist demnach, daß der Versicherte arbeitsunfähig ist. Die Arbeitsunfähigkeit muß ferner durch Krankheit hervorger-

rufen sein. Die Auslegung dieser anscheinend klaren Bestimmungen birgt doch immerhin in der Praxis manche Schwierigkeiten. Schon der Begriff der Krankheit kann leicht zu Zweifeln Anlaß geben. Im allgemeinen geht die Rechtsprechung dahin, daß unter Krankheit vorübergehende und auch chronisch werdende Störungen an Körper oder Geist zu verstehen sind. Ungewöhnliche Leiden gelten jedoch nicht als Krankheiten im Sinne der Krankenversicherung und können daher auch keinen Krankengeldbezug nach sich ziehen. So ist, um ein Beispiel anzuführen, nach einer Entscheidung Altersschwäche ebenfalls nicht als Krankheit anzusehen, denn unter „Krankheit“ ist ein Zustand der Störung der normalen Körper- und Geistesbeschaffenheit zu verstehen.

Ebenso groß kann der Streit um den Begriff der Arbeitsunfähigkeit werden. Die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit liegt den Rassenärzten ob. Die Rasse hat jedoch das Recht, die Feststellung des Rassenarztes durch andere Ärzte (Bertrauensärzte) nachprüfen zu lassen. Nach einer Entscheidung ist der Nachweis der Arbeitsunfähigkeit nicht ausschließlich an eine Rassenärztliche Bescheinigung geknüpft, er kann auch in anderer Weise erbracht werden. Da es sich hierbei um seltene Ausnahmefälle handelt, soll nicht näher darauf eingegangen werden.

Für alle Versicherten von der allergrößten Wichtigkeit ist folgende Entscheidung des Sächsischen Landesversicherungsamtes über den Begriff der Arbeitsunfähigkeit:

„Arbeitsunfähigkeit liegt vor, wenn der Kranke seine frühere Berufsarbeit nicht mehr zu verrichten vermag. Es ist einflußlos, ob er zur Ausübung einer anderen, seinem Beruf fernliegenden Tätigkeit fähig ist, auch wenn ihm solche zugemutet werden kann. Die Arbeitsunfähigkeit besteht fort, bis die Fähigkeit zur Ausübung derjenigen Erwerbstätigkeit wieder erlangt ist, auf Grund deren die Versicherung bei Beginn der Krankenhilfe erfolgt war.“

Während diese Entscheidung auf die gelernten Arbeiter (Handwerker) Anwendung findet, ist für die ungelerten Arbeitnehmer folgende von Bedeutung:

„Arbeitsunfähigkeit liegt bei einem ungelerten Arbeiter dann vor, wenn er nicht oder nur mit Gefahr, seinen Zustand zu verschlimmern, seiner bisher ausgeübten Erwerbstätigkeit nachgehen kann, sofern er diese längere Zeit ausgeübt hat und sie ihm infolge der darin erworbenen Erfahrung, Geschicklichkeit und Anpassung an ihre besonderen Verhältnisse gewissermaßen zum Beruf geworden ist.“ (Reichsversicherungsamt 13. November 1924.)

Zu bemerken ist auch, daß freiwillige Mitglieder keinen Anspruch auf Krankengeld haben, wenn sie vor Eintritt der Krankheit bereits aus anderen Gründen arbeitsunfähig waren. Ist dies nicht der Fall, werden freiwillige Mitglieder ebenso behandelt, wie die sonstigen Rassenmitglieder. Das Krankengeld wird für jeden Kalendertag in Höhe des halben Grundlohnes gewährt. Für die Höhe der Unterstützung ist der wirkliche Arbeitsverdienst maßgebend, und nicht etwa die Angaben des Unternehmers auf der Anmeldung usw. Der Anspruch auf Krankengeld bleibt dadurch unberührt, daß der Arbeitsunfähige für die Dauer der Krankheit Lohn oder Gehalt in vollem Umfang weiter bezieht. Für die drei ersten Tage der Krankheit wird kein Krankengeld gewährt. Die Höchstdauer des Krankengeldbezuges geht 26 Wochen wegen ein und desselben Leidens innerhalb eines Jahres. Hat jedoch der Versicherte das Bede, eine andere Krankheit nach seiner Aussteuerung zu erwischen, dann ist gegebenenfalls erneut Krankengeld zu gewähren. Diese Bestimmungen betreffen die sogenannten Regelleistungen der Rassen, zu deren Gewährung jede Krankenkasse gesetzlich ver-

pflichtet ist. Die Organe der Rassen können jedoch diese Leistungen durch Bestimmungen in ihrer Satzung bedeutend erweitern und sogenannte Mehrleistungen einführen.

Eine dieser freiwilligen Mehrleistungen ist die, daß die Krankenpflege (Behandlung usw.) und auch das Krankengeld auf die Dauer bis zu einem Jahre gewährt werden kann. Die Mehrzahl der Rassen, namentlich die größeren Ortskrankenkassen gewähren auf die Dauer von 39 bis 52 Wochen Leistungen. Nach § 191 sind auch noch weitere Mehrleistungen zulässig. So kann die Krankenkasse das Krankengeld auf 75 Proz. des Grundlohnes erhöhen. Sie kann es schon vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit zahlen bei Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, die zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind, sowie mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes auch bei anderen Krankheiten. Ebenso kann die Rasse das Krankengeld nach dem Familienstand der Kranken abtufen. Auch von diesen Möglichkeiten haben fast alle größeren und leistungs-fähigen Ortskrankenkassen Gebrauch gemacht.

Eine weitere Mehrleistung, die jedoch äußerst selten anzutreffen ist, besteht darin, daß Kranken in niedrigen Lohnstufen Zuschläge zum Krankengeld gezahlt werden können.

In ganz bestimmten Fällen kann das Krankengeld verweigert werden, auch wenn sonst alle Voraussetzungen zum Bezug desselben gegeben sind (§ 192 der Reichsversicherungsordnung). Es kann durch die Rassenfassung ganz oder teilweise verweigert werden, wenn das Mitglied die Rasse durch eine strafbare Handlung geschädigt hat, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, für die Dauer eines Jahres nach der Straftat. Das gleiche gilt, wenn sich ein Mitglied einer Krankheit vorfänglich oder durch schuldhaftes Beteiligung an Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen hat, für die Dauer dieser Krankheit. Daß die Krankenordnungen der Rassen manche Möglichkeiten bieten, das Krankengeld zu sperren oder den Kranken durch Abzug einiger Tage Krankengeld zu bestrafen, dürfte allgemein bekannt sein. Es kann jedoch hierauf nicht näher eingegangen werden, da die Krankenordnungen der Rassen zu verschiedenartig sind. Um sich vor Mißlichkeiten zu schützen, ist jedem Versicherten zu empfehlen, sich bei Beginn des Leistungsbezuges eine Krankenordnung aushändigen zu lassen.

Sehr oft hört man in den Kreisen der Versicherten darüber Zweifel, ob das Krankengeld gepfändet werden kann oder nicht. Die Bestimmungen hierüber lauten so, daß grundsätzlich eine Pfändung ausgeschlossen ist. Es gibt jedoch hiervon einige Ausnahmen. So kann die Pfändung, Aufrechnung, Uebertragung usw. stattfinden, wenn der Versicherungsträger durch vorruchweise gezahlte Leistungen oder durch rückständige Beiträge eine Forderung an den Versicherten hat. Außerdem, und dabei handelt es sich um die Mehrzahl der Fälle, ist die Pfändung durch die zuständigen Behörden dann möglich, wenn es sich um die Beitreibung rückständiger Unterhaltsbeiträge (Alimente usw.) handelt, zu deren Zahlung der Versicherte verurteilt ist.

Rt.—s.

### Wer erhält Invalidentente?

Nach § 1255 der Reichsversicherungsordnung wird die Hauptleistung der Invalidentversicherung, die Invalidentrente, beim Vorliegen dreier verschiedener Voraussetzungen gewährt. Bedingung ist dabei jedoch stets, daß die sonstigen Voraussetzungen

zum Erhalt der Leistungen (Erfüllung der Wartezeit, Aufrechterhaltung der Anwartschaft) erfüllt sind. Einmal erhält jeder Versicherte die Rente, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat. Der körperliche oder geistige Gesundheitszustand des Versicherten spielt dabei ebenjowenig eine Rolle, wie der Grad seiner Erwerbsfähigkeit. Weiter hat Anspruch auf Rente, wer infolge Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd invalide ist. Endlich erhält auch der Versicherte Rente, der nicht dauernd invalide ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist, oder der nach Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität.

Auf Grund dieser Rechtslage ist die Feststellung äußerst wichtig, wann der Versicherte als invalide gilt. In dem eingangs erwähnten Paragraphen heißt es hierüber:

„Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Obgleich diese Ausführungen den Begriff der Invalidität ziemlich eingehend festlegen, ist die Beurteilung in der Praxis doch nicht so einfach. Die Frage, ob wirklich Invalidität und damit Rentenberechtigung vorliegt, ist keine rein ärztliche. Es greifen hier vielmehr medizinische, wirtschaftliche und rechtliche Erwägungen ineinander. Die Beantwortung der Frage, ob Invalidität vorliegt, darf deshalb nicht einfach dem Arzte überlassen werden, sie ist vielmehr stets von Fall zu Fall durch die maßgebenden Instanzen eingehend zu prüfen. Nach einer Entscheidung des Sächsischen Landesversicherungsamtes liegt beim Rentenstreit ein Mangel des Verfahrens vor, wenn das Oberversicherungsamt sein Urteil lediglich auf ärztliche Gutachten gestützt und andere Momente nicht berücksichtigt hat. (Ein Mangel des Verfahrens berechtigt zur Erhebung des Einspruchs gegen die Entscheidung.)

Nach einer grundsätzlichen Entscheidung ist derjenige nicht invalide, der zwar seinen bisherigen Beruf nicht fortsetzen, aber durch andere Beschäftigung noch mehr als ein Drittel des Durchschnittsverdienstes der Berufsgenossen verdienen kann. Dabei ist jedoch von solchen Arbeitsmöglichkeiten abgesehen, die nach der Vorbildung und früheren Beschäftigung an sich für den Antragsteller ungeeignet sind. Diese Entscheidung vertritt den Rechtsstandpunkt, daß Invalidität nicht gleichbedeutend mit Berufsinvalidität ist. Bei einem Leiden, das sich abwechselnd bald bessert, bald verschlimmert, darf für die Frage der Invalidität nicht lediglich ein bestimmter Zeitpunkt zugrunde gelegt werden. Es ist vielmehr der Einfluß des Leidens auf die Erwerbsfähigkeit in seiner Gesamtheit zu betrachten.

Zur Feststellung der Invalidität muß stets geprüft werden, wo die Grenze zwischen Erwerbsfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit liegt. Weiter ist zu prüfen, wieviel der Versicherte noch verdienen müßte, wenn er als erwerbsfähig gelten sollte und wieviel er dagegen in Wirklichkeit noch verdient. Während man selbstverständlich bei der Beurteilung des körperlichen Befundes auf ärztliche Gutachten angewiesen ist, kann unter Umständen auch das Urteil von Laien maßgebend sein. Gedacht werden kann hier an Arbeitskollegen, Berufsgenossen, Arbeitgeber usw. des Versicherten.

Bei der dritten Möglichkeit der Rentengewährung (vorübergehende Invalidität) ist darauf zu achten, daß diese erst nach dem Wegfall des Krankengeldes eintritt. Unter Wegfall des Krankengeldes ist erst der endgültige Wegfall des Anspruches auf das Krankengeld, nicht schon jede Unterbrechung zu verstehen. Die Gewährung der Rente kann in diesen Fällen nicht schon für Zeiten erfolgen, in denen die Fürsorge für den Versicherten noch den Krankenkassen obliegt, sondern erst für Zeiten, auf die sich die Krankenversicherung nicht mehr erstreckt. Diese Ausführungen zeigen, daß die Frage, ob ein Versichelter Invalidentrente erhalten kann, nicht so einfach zu beantworten ist. Da jeder Versicherungsfall anders liegt, muß er auch anders behandelt werden.

△.



## Berichte.

**Warmen-Oberfeld.** In unserer Generalversammlung vom 19. Februar berichtete Kollege Grünen in ausführlicher Weise über das vergangene Jahr, das auch für uns durchaus kein rosiges gewesen war. Das ganze Jahr über hatten wir mit einer sehr starken Arbeitslosigkeit zu rechnen. Am Jahresabschluss waren 35 unserer Kollegen und 70 Kolleginnen arbeitslos. Kollege Grünen behandelte dann die Aenderung in unserer Zahlstelle durch die Eihverlegung des Gaaes nach Köln. Das Verhältnis unserer Ortsverwaltung zur Gauleitung ist durchaus zufriedenstellend. Gauleiter, Kollege Dreger, hat im ersten Jahr seiner Tätigkeit zur Genüge erfahren, was es in der größten Zahlstelle zu tun gibt in bezug auf Verhandlungen mit den Unternehmern, beim Schlichter und vor dem Arbeitsgericht. Unsere Lohnkämpfe und die sonstigen tariflichen Streitigkeiten sind im großen und ganzen für uns erfolgreich verlaufen. Wenn für die Musterkarten- und Kartonnagenarbeiter nicht mehr erreicht wurde, dann liegt das einzig und allein an den schlechten Organisationsverhältnissen dieser Gruppe. Aus dem weiteren Bericht des Kollegen Grünen war zu ersehen, daß unsere Ortsverwaltung das ganze Jahr hindurch reichlich mit Arbeit versehen war.

Kollege Mehlert erstattete hierauf den Kassenbericht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 5364,80 Mk., die Ausgaben 4590,05 Mk. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 3002,75 Mk.

Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzende Grünen und Klinter, Schriftführer Werner und Peus, Beisitzer Weichmann, Kunze, Hesse, Grünwald, Grefsth und Kollegin Göbel, Revisoren Handwerker und Kunze. Die Agitationskommission setzte sich aus den Kollegen Handwerker, Kunze, Grünwald, Schäfer und Rindl zusammen. Als Tarifschiedsgerichtsbefugter wurden die Kollegen Handwerker und Kunze gewählt, als deren Vertreter Weichmann und Stapf.

Im Anschluß an die Wahlen gab Dreger einen ausführlichen Bericht über die am gleichen Tage stattgefundenen Verhandlungen beim Landesarbeitsgericht, betr. die Firma Sam. Lucas. Der Betriebsobmann, Kollege Neuser, berichtete über diese Verhandlung ebenfalls sehr ausführlich. Dann machte Kollege Grünen auf die Betriebsratwahl aufmerksam. Er ermahnte unsere Mitglieder, dafür zu sorgen, daß jeder Betrieb seine gesetzliche Vertretung erhält. Damit fand die anregend verlaufene und gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Am 15. Februar veranstaltete unsere Zahlstelle eine Festlichkeit, die mit der Ehrung von vier Jubilaren verbunden war. Diese wurden vom Gauleiter, Kollegen Dreger, durch Ansprache und Ueberreichung der Ehrenurkunden geehrt. Das Fest selbst verlief in schönster Harmonie, es dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

**Eisenach.** In der am 18. Februar stattgefundenen Generalversammlung unserer Zahlstelle waren bis auf einen erkrankten Kollegen und einige Kolleginnen sämtliche Mitglieder anwesend. Unser Gauleiter, Kollege Wachner-Weimar, sprach über „Die wirtschaftliche Lage“. Der Redner verstand es, in klaren Worten das zu sagen, was jeden von uns besonders beschäftigt. Seine Rede hing in die Mahnung aus, treu und fest zum Verband zu stehen und alles daran zu setzen, die uns noch fernstehenden dem Verbands anzuschließen. Reicher Beifall lohnte die interessanten Ausführungen.

Kollege Schattenberg erstattete anschließend den Geschäfts- und Kassenbericht, aus dem hervorging, daß die Bezirksversammlung im Mai die einzige größere Veranstaltung gewesen ist. Da unsere Mitglieder in Eisenach im allgemeinen nur eine geringe Anteilnahme am Verband haben an den Tag legen, forderte Kollege Schattenberg auf, dieses Verhalten zu ändern. Nach der stattgefundenen Aussprache, in der sich alle Anwesenden zur Mitarbeit bereit erklärten, wurde Kollege Schattenberg als Vorsitzender, Kollege Feist als Kassierer, Kollege Sülker als Schriftführer, Kollege Liebetrau als Beisitzer, Kollege Kiener und die Kollegin Gerlach als Revisoren gewählt. Zum Schluß wurden einige Zahlstellenangelegenheiten behandelt. Dabei legte eine lebhaft ausgesprochene, als die Werbung unter der Fernstehenden besprochen wurde. Einer der kommenden Sonntage wurde als besonderer Werbetag bestimmt. Mit einem Appell an die Erschienenen zu treuer Mitarbeit kam die Versammlung zum Abschluß.

**Frankfurt-Offenbach.** In unserer Generalversammlung vom 11. Februar erstattete Kollege Meß den Geschäftsbericht. Im verfloffenen Jahr ist die Geschäftslage bei uns wieder außerordentlich ungünstig gewesen. Infolge der Betriebsverlegungen einer Reihe von Betrieben in Frankfurt und Offenbach sind wieder eine größere Anzahl unserer Kollegen und Kolleginnen arbeitslos geworden. Unser Mitgliederbestand ist darum auch erneut zurückgegangen, er betrug am Jahresabschluss 414 Kollegen

und 820 Kolleginnen. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 18 Mitgliedern. Arbeitslos waren am Jahresabschluss 104 Kollegen und 191 Kolleginnen.

Meß gab einen Ueberblick über die allgemeine wirtschaftliche Situation und über die verschiedenen Gründe für die schwere Wirtschaftskrise. Eine wesentliche Besserung ist in absehbarer Zeit kaum wahrscheinlich. Bedauerlich ist, daß die Lage unserer Berufsangehörigen durch verfehlte Maßnahmen der Arbeitsämter noch verschlechtert wird. Immer wieder müssen wir feststellen, daß Arbeitssträße, die einmal kurze Zeit eine spezielle Arbeit in unserem Beruf geleistet haben, nun für dauernd dem graphischen Arbeitsnachweis überwiesen werden. Daß die Vermittlung derartiger „Fachsträße“ den guten Ruf der Arbeitsämter nicht heben kann, dürfte wohl jedem klar sein.

Das Verammlungsleben in unserer Zahlstelle war wenig befriedigend. Abgehalten wurden 12 Mitglieder- bzw. Generalversammlungen, davon 3 in Offenbach. In Offenbach wurden auch zwei Kartonnagenversammlungen abgehalten. Es fanden ferner noch statt 14 Betriebsversammlungen, 3 Funktionärversammlungen, 13 Vorstandssitzungen und eine graphische Betriebsräteversammlung. Der Besuch dieser Veranstaltungen ließ mehrheitlich zu wünschen übrig. Beim Arbeitsgericht mußte in 20 Fällen Klage erhoben werden. Dabei konnten 1774 Mark von unserem Verband für die betreffenden Verbandsmitglieder erstritten werden. In zwei Fällen wurde die ausgesprochene Kündigung zurückgenommen. Meß verwies zum Schluß noch auf die starke Beanpruchung der Verbandskasse. 23 500 Mk. wurden im vergangenen Jahr allein für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben gegen 9700 Mk. im Jahre zuvor. Unsere Lokalkasse hatte am Jahresabschluss einen Bestand von 12 092 Mk.

In der sich anschließenden Aussprache machte sich unser kommunikativer Kollege wieder einmal bemerkbar. Er fand jedoch mit seiner Weisheit bei unseren Mitgliedern kein Verständnis. In der dann folgenden Wahl der Verwaltung wurden wiedergewählt: Kollege Kaulich als Vorsitzender, Kaulich als Schriftführer, Donner, Frank, Helming, Karrer und die Kollegin Koch als Beisitzer. Mit der Aufforderung an alle Funktionäre, im laufenden Jahr recht eifrig für den Verband zu arbeiten, schloß Kollege Meß die Versammlung.

**Hamburg-Altona.** In unserer Generalversammlung vom 21. Februar erstattete Kollege Thierbach den Geschäfts- und Kassenbericht. Nachdem wir in den Vorjahren von Arbeitslosigkeit fast völlig verschont geblieben sind, hat diese im vergangenen Jahr von Monat zu Monat einen immer größeren Umfang angenommen, so daß am Jahresabschluss 102 Kollegen und 321 Kolleginnen als arbeitslos gemeldet waren. Im Monatsdurchschnitt waren im letzten Jahr 340 unserer Mitglieder arbeitslos. Von diesen wurden 234 unterfüttert, der restliche Teil war ausgekostet oder krank. Ueber die Unzulänglichkeit der Aufenthaltsräume im Arbeitsnachweis wurde wiederholt geklagt, so daß die Ortsverwaltung versuchte, Abhilfe zu schaffen. Es ist bei diesem Versuch geblieben, da uns das Arbeitsamt immer wieder verweigerte. Es besteht auch jetzt keine Aussicht, daß eine Besserung eintritt.

Die Lohnbewegungen des Jahres 1929 brachten für alle Branchen eine Verbesserung. In 18 Fällen hatten wir Mitglieder vor dem Arbeitsgericht zu vertreten, in 16 Fällen konnten wir 808,62 Mk. herausholen, davon 300,48 Mk. durch Vergleiche und 508,14 Mark durch Urteile. Zwei Fälle wurden wegen ungenügendem Beweismaterial abgelehnt.

Im letzten Jahre haben wir besonders die Kartonnagenbetriebe agitatorisch zu erfassen versucht. Dabei bestätigte sich jedoch leider die alte Erfahrung aufs neue, daß die Kartonnagenarbeiterschaft schwer zu organisieren ist. Es scheint bald, daß es dieser zu gut geht. Durch Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern wurden in mehreren Fällen Verbesserungen geschaffen und bestehende Mängel beseitigt. Auch für die Aufführung unserer Mitglieder wurde eine rege Tätigkeit entfaltet, alle unsere Versammlungen waren mit Vorträgen über die wichtigsten Lebens- und Berufsfragen ausgestattet.

Von den Bildungseinrichtungen, die durch den Ortsausschuß geschaffen wurden, haben leider nur sehr wenige unserer Mitglieder Gebrauch gemacht. Wir hoffen, daß in der folgenden Zeit mehr Interesse für derartige Veranstaltungen gezeigt wird. Die sachliche Gruppe unserer Zahlstelle, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens bei einem Teil unserer Mitglieder sehr beliebt gemacht hat, gibt uns die Hoffnung, daß sie lebensfähig bleibt und daß sie auch weiterhin das Interesse des Teiles unserer Kollegenschaft behält, der auf seine Weiterbildung bedacht ist. Unserer Jugendabteilung wird leider noch zu wenig Beachtung geschenkt. Notwendig ist, daß unsere Mitglieder die Jugend für unsere Jugendabteilung interessieren.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht ergab für die Lokalkasse eine Steigerung des Bestandes auf 23 149,85 Mk. Im Wochendurchschnitt wurde an Beitragsmarken umgekehrt für 35 Lehrlinge, 584 Kollegen und 1614 Kolleginnen. An arbeitslose und kranke Mitglieder wurden im Wochendurchschnitt 399 Freiemarken ausgegeben, so daß ein durchschnittlicher Mitgliederbestand von 2642 vorhanden ist. In der sich anschließenden Aussprache bemängelte Kollege Timm die Abrechnung. Zum Zwecke der sofortigen Aufklärung wurde eine Kommission gewählt, die nach einer nochmaligen Prüfung feststellte, daß an der Abrechnung Auslegungen nicht gemacht werden können.

Hierauf erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden in diese die Kollegen Fennig, Kleinert, Windte, Wächter, Braach und die Kolleginnen Maad und Tell, als Revisoren die Kollegen Schable, Kuhleder und Timm, als Türkontrollure die Kollegen Eckardt, Möller und Oberthür.

Ueber „Die bevorstehenden Lohnverhandlungen“ referierte Kollege Küster. Er ermahnte am Schluß seiner Ausführungen unsere Mitgliedschaft, in den kommenden Monaten auf dem Posten zu sein. An das Referat schloß sich eine lebhaft ausgesprochene, an der sich die Kollegen Schable, Timm, Anjorge und Konrad beteiligten.

**Karlruhe.** Der Besuch unserer Generalversammlung am 14. Februar hätte ein besserer sein können. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Helber. Die Folge der schlechten Wirtschaftslage hat sich auch in unserer Zahlstelle recht spürbar ausgewirkt, doppelt schwer deshalb, da Baden als Grenzland zu bewerten ist. Die Lohnverhandlungen in der Eisindustrie in Pforzheim und Lahr haben große Anforderungen an die Weltung gestellt. Es würde bei diesen Verhandlungen ein besseres Resultat zu verzeichnen gewesen sein, wenn sich unsere Berufsangehörigen aus dieser Branche endlich wieder aufrufen und Mitglieder unseres Verbandes werden würden. Es ist ein besämhender Zustand, daß von rund 1600 Kollegen und Kolleginnen nur 600 organisiert sind. Hier ist noch ein großes Betätigungsfeld für unsere organisierten Mitglieder vorhanden. Mitzuarbeiten, um die große Zahl der Unorganisierten für uns zu gewinnen, ist Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes. Ein erheblicher Teil unserer Kolleginnen und Kollegen wohnt auf dem Lande, es hält schwer, diese in eine Versammlung zusammen zu bringen. Darum ist die persönliche Werbung für unseren Verband das einzige Mittel, um die Zahl der Unorganisierten zu durchbrechen. Bemerkenswert ist für unsere Verhältnisse, daß die in Druckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen den Weg zu unserem Verbands viel leichter finden, als die in anderen Betrieben Beschäftigten.

Unsere Kassenverhältnisse sind gut. Der festzustellende kleine Rückgang ist bedingt in Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der amtierenden Funktionäre, mit Ausnahme eines Beisitzers und eines Revisors. Unsere Ortsverwaltung hat sich als Hauptaufgabe für die nächste Zeit die Gründung einer Jugendgruppe zum Ziel gesetzt. Zu bemängeln ist nach wie vor die Beitragsleistung eines Teiles unserer Mitglieder in Beitragsklassen, die nicht dem Lohn entsprechen. Daß das Leben in unserer Zahlstelle ein immerhin reges ist, zeigt die Tatsache, daß 15 Sitzungen der Ortsverwaltung und Funktionäre, 32 Mitglieder- und 26 Betriebsversammlungen stattgefunden haben. Verhandlungen mit Unternehmer machten sich 8 notwendig, vor dem Arbeitsgericht mußten wir in ebenfalls 8 Fällen tätig sein. Der interessante Geschäftsbericht des Vorsitzenden legte rücksichtslos alle die Mängel dar, die sich bei uns gezeigt haben. Dies geschah in der Erwartung, daß sie in Zukunft behoben werden. Mit der Erlebigung einiger interner Angelegenheiten kam die Versammlung zum Abschluß.

**Königsberg.** Unsere Generalversammlung vom 8. Februar war leider nicht gut besucht, trotzdem es die Leitung der Zahlstelle an der notwendigen Aufmunterung nicht hat fehlen lassen. Zu unserem größten Bedauern fehlten hauptsächlich unsere Kolleginnen. Kollege Schuster erstattete den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahr. Das Organisationsleben in unserer Zahlstelle war sehr regsam. Im Berichtsjahr haben zehn Mitglieder, zwei Vertrauensmänner, und zwei Betriebsversammlungen sowie drei gefellige Veranstaltungen stattgefunden. An Lohnfreistellungen waren drei zu regeln. Es zeigt sich dabei erneut die Notwendigkeit, die Errungenschaften des Verbandes durch festen Zusammenschluß zu schützen. Auch wir haben unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Verwaltung unserer Zahlstelle ist es gelungen, unseren Arbeitslosen die Krisenfurche zu sichern, wodurch das Elend der Erwerbslosen doch um etwas gemildert wurde. Die Versuche der Zahlstellenleitung, einen geeigneten Raum für unsere Lehrlingsabteilung zu

erhalten, sind durch einen abschlägigen Bescheid des Staatsanwaltes gescheitert.

Der Kassenbericht des Kollegen Kohnert zeigte für die Verbandskasse eine Einnahme von 9693,34 M. und eine Ausgabe von 6255,80 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 3144,73 M. und die Ausgaben 1960,69 M. Die Kollegen Neumann und Hauptmann berichteten anschließend über die Tätigkeit des Ortsausschusses und über eine Ausschlußsitzung der Allgemeinen Ortsstranzenkasse. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Zum Vorsitzenden wurden sechs Kollegen vorgeschlagen, doch keiner fand sich bereit, dieses Amt anzunehmen. Die Wahl des ersten Vorsitzenden wurde darum nach längerer Debatte bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Kassierer wurde Johann Kollege Kohnert, zum Schriftführer Kollege Horch, zu Beisitzern die Kollegen Taube und Groß und zu Revisoren die Kollegen Boh und Petruschka gewählt. Damit hatte die Versammlung ihren Abschluß gefunden. Ein gemütliches Beisammensein schloß sich an, bei dem man ein echtes kollegiales Verhältnis unter seinen Mitgliedern feststellen konnte.

**Nürnberg-Fürth.** In unserer am 19. Februar stattgefundenen, gut besuchten Jahresversammlung wurden vor Eintritt in die Tagesordnung vier verstorbene Mitglieder in üblicher Weise geehrt. Anschließend erstattete Kollege Weinländer den Geschäftsbericht. Die Arbeitslosenzahl war schon zu Anfang des Jahres außerordentlich hoch, sie ist im ganzen Jahr nie auf einen normalen Stand zurückgegangen. Selbst in den Monaten, die sonst für unseren Beruf einen guten Geschäftsgang bringen, war die Zahl der Arbeitslosen merklich höher als in den Jahren zuvor. Anträge auf Stilllegungen und auf teilweise Stilllegungen werden immer häufiger. Sie konnten vom Gewerberat nicht abgelehnt werden, da die gesetzlichen Bestimmungen keine Handhabe dazu bieten. Dabei zeigte sich, daß diese gesetzlichen Bestimmungen absolut unzureichend sind und daß sie einer gründlichen Aenderung bedürfen. Mit den jetzigen Bestimmungen wird in vielen Fällen geradezu Unfug zum Schaden der Arbeiterschaft getrieben. Diesem Umstand ist es in der Hauptsache mit zuzuschreiben, daß die Arbeitslosenregister auf 390 anstiegen. Damit sind selbst die schweren Krisenjahre 1926/1927 weit übertroffen.

Auch im Vorjahre haben sich die Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes als sehr segensreich erwiesen. Zur Auszahlung kamen für Arbeitslosenunterstützung 24 120 M., für Krankenunterstützung 8660 M., für Invalidenunterstützung 3372 M. und für sonstige Unterstützung 1360 M. Unsere Mitglieder werden an diesen Zahlen erkennen, daß es ganz beachtliche Summen sind, die ihnen in Gestalt von Unterstützungen wieder zufließen.

Unsere Lehrlings- und Jugendabteilung entwickelt sich nur sehr langsam. Wenn man beachtet, daß wir im IV. Quartal 32 Kollegen und 325 Kolleginnen im Alter bis zu 18 Jahren als Mitglieder hatten, dann müßte unsere Jugendgruppe einige hundert Mitglieder zählen.

Kollege Weinländer ging dann auf die vorjährigen Verhandlungen über unsere Tarife näher ein. Die örtlichen Verhandlungen mit der Gruppe Wilderbücher- und Spielesfabriken und Kunstanstalten verließen außergewöhnlich hartnäckig, so daß wir dicht vor einem Streit standen. Letzterer wurde nur durch das amtliche Schlichtungsverfahren vermieden.

Die Aussichten für das kommende Jahr sind weiterhin keine guten. Nach Lage der Dinge werden wir uns beim Ablauf unserer Verträge auf harte Kämpfe einstellen müssen. Darum heißt es jetzt für uns, alle Vorbereitungen zu treffen, um den eventuellen Stürmen ruhig entgegengehen zu können. Die Werbearbeit für unseren Verband hat einen achtbaren Erfolg gebracht. 319 Neuaufnahmen sind zu verzeichnen, gewiß ein Zeichen dafür, daß unser Verband auch in den Zeiten des schlechtesten Geschäftsganges noch über eine außerordentliche Werbearbeit verfügt. Allen Mitarbeitern sei für ihre Arbeit herzlichster Dank abgefastet. Wir hoffen, daß sie auch im laufenden Jahr weiterhin fleißig mit tätig sein werden. Zu den Kämpfen um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kommen nunmehr auch noch die Kämpfe um den Ausbau der Arbeiterkassen. Die bürgerliche Presse als die Verfechterin der Abbaubestrebungen gehört darum nicht in den Arbeiterhaushalt.

Unsere Zahlstelle hat zurzeit 240 Kollegen und 1560 Kolleginnen. Damit ist unsere Mitgliederzahl um genau 100 im Laufe des Vorjahres gestiegen. Weinländer betonte in seinen Schlusssitzungen, daß durch unseren Verband im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder merklich gehoben wurde. Auf allen Gebieten ist es vorwärtsgegangen. Diese Tatsache gibt uns Mut, Ausdauer und auch die Kraft, um die uns bevorstehenden schweren Aufgaben zu meistern.

Der Kassenbericht des Kollegen Herber lag schriftlich vor. Herber beschränkte sich auf einige Erläute-

rungen hierzu, er verwies dabei auf die hohen Summen, die für Unterstützung aller Art ausgezahlt worden sind. Gleichzeitig brachte er den Entlassenern Dank und Anerkennung für ihre fleißige Tätigkeit zum Ausdruck. Ueber die Tätigkeit der Jugendabteilung berichtete Kollege Karg. Er bat zum Schluß alle Kolleginnen und Kollegen, recht intensiv für die Jugendabteilung tätig zu sein. Zur Förderung unserer Jugendarbeit beantragte er, der Lehrlings- und Jugendabteilung auch für das laufende Jahr 300 M. zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Neuwahlen vollzogen sich glatt. Soweit nicht Ersatzwahlen notwendig waren, wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Unser Schriftführer, Kollege Hermann, ist abgereist und die Kollegin Ruhn trat wegen Krankheit zurück. In die Ortsverwaltung traten neu ein die Kollegen Oppelt und Müller sowie Kollegin Schmiedt.

Nach der Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten gab Kollege Keller eingehende Ratsschlüsse für die bevorstehenden Betriebsratswahlen, wobei er auf die Wichtigkeit dieser Wahlen aufmerksam machte und an Beispielen die Bedeutung von funktionierender Betriebsräte den Anwesenden klarmachte. Nach dem Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung blieben die Teilnehmer bei Grausenlosigkeit und gemüthlicher Unterhaltung noch einige Zeit beisammen.

**Osnabrück.** In unserer am 14. Februar stattgefundenen gutbesuchten Generalversammlung streifte Kollege Springub in seinem Geschäftsbericht in der Hauptsache die wirtschaftliche Lage unseres Gewerbes. Auch wir in Osnabrück haben sehr stark mit der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Kollege Springub besprach dabei nochmals die Beschlüsse der internationalen Buchbinderkonferenz in Amsterdam und sprach seine Freude darüber aus, daß dort Beschlüsse gefaßt wurden, nach denen für unsere Lehrlinge eine Einungsprüfung als notwendig gehalten wird.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Stenlich. Unsere Lokalkasse schloß mit einem Bestand von 149,64 M. ab. Unsere kleine Zahlstelle hat im abgelaufenen Jahr allein an durchreisende Mitglieder 123 M. aus der Lokalkasse ausgeben müssen. Die Lokalkasse wurden neu geregelt. Unser Mitgliederstand hat einen kleinen Zuwachs erfahren. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der seitherigen Funktionäre. Kollege Görriken dankte dem Vorstand für die geleistete Arbeit, er forderte auf, zu jeder Zeit und an jedem Ort für unseren Verband zu werben. Im laufenden Jahr kann unsere Zahlstelle auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, diesen Tag festlich zu begehen, eine gewählte Kommission soll die Vorbereitungen dazu übernehmen. Der Buchdrucker-gesangverein, dem auch verschiedene unserer Kollegen angehören, wird die Feste verschönern helfen. Zum Schluß brachte ein Kollege zur Sprache, daß ein Unorganisierter den Unternehmern keine Arbeitskraft weit unter Tarif anbietet. Unseren Kollegen wurde empfohlen, ein machbares Auge auf dieses seltene Exemplar von Kollegen zu haben.

**Rastatt.** Die am 21. Februar stattgefundenen Versammlung der in der Papier verarbeitenden Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen von Rastatt und Umgebung war von der Belegschaft des Betriebes „Belora“ sehr gut besucht, während von der Belegschaft der Kartonagenfabrik W. u. R. nur ein Teil anwesend war. Unser Bezirksleiter, Kollege Vogel-Karlsruhe, sprach über „Zehn Jahre Betriebsratsgesetz“ Kollege Vogel schilderte die Arbeitsverhältnisse, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden haben und stellte diesen gegenüber die durch das Betriebsratsgesetz geschaffenen Aenderungen. Wenn auch das Betriebsratsgesetz nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt, dann hat es doch gegenüber den früheren Verhältnissen so manchen Vorteil gebracht, so daß heute kein Betrieb mehr ohne Betriebsvertretung sein darf. Anschließend an das Referat wurde ein Wahlvorstand für den Betrieb „Belora“ gewählt, dem nun die Aufgabe obliegt, die Vorbereitungen für die Wahl eines Betriebsrats zu erledigen. Die gleichen Maßnahmen für den Betrieb W. und R. werden in der nächsten Zusammenkunft der Belegschaft dieses Betriebes vorgenommen. Um die Rastatter Mitglieder mehr als leiblich für die Gewerkschaftsarbeiten und für die gewerkschaftlichen Beschlüsse zu interessieren, wurden drei Kollegen als Vertreter in den Ortsausschuß gewählt. Nach Schluß der Versammlung blieben alle Anwesenden noch einige Stunden bei Gesang und Tanz in froher Stimmung beisammen.

**Wiesbaden.** In unserer am 17. Februar stattgefundenen, sehr gut besuchten Versammlung sprach Gauleiter Metz-Frankfurt über „Die neuesten Vorgänge im Unternehmerlager“. Kollege Metz legte zunächst den Erscheinungen klar, welche Bedeutung die Allgemeinverbindlichkeit unserer Tarife hat. Der für die Papierverarbeitung in jüngster Zeit neu gearün-

dete Verband sieht seine Aufgabe in der Bekämpfung dieser Allgemeinverbindlichkeit. Metz machte auf die Folgen aufmerksam, die für uns entstehen werden, wenn es diesem Verband gelänge, einen größeren Anhang aus unseren Unternehmerrreisen zu erhalten. Der Vortrag des Kollegen Metz wurde von der Versammlung mit sehr viel Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Aussprache fand nicht statt, und so konnte unser Vorsitzender die Versammlung schließen mit Dantesworten an den Gauleiter für seine aufklärenden Ausführungen.

## Dankagung.

Dem Verbandsvorstand, der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“, den Mitarbeitern im Verbandsbüro, den Gauvorständen, den Ortsverwaltungen, den Betriebsräten, insbesondere den der Firma Frydrychowicz und allen Kollegen, die meiner anlässlich meiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Verbandsvorstand ehrend gedacht haben, meinen besten Dank.

Nach wie vor werde ich, soweit meine Kräfte reichen, diese der Kollegenschaft und unserem Verband widmen.

Berlin, den 21. Februar 1930.

Eugen Brüdner.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalkasse in der Zahlstelle Osnabrück sind mit Wirkung ab 10. Beitragswoche 1930 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
	5	15	15	20	20

2. Ausgeschlossen aus der Organisation wurde auf Grund des § 16 b in Berlin der Buchbinder Reinhold Puhahn, geboren am 2. Februar 1903 in Berlin, Buch-Nr. 353 718. Wir erjuchen die Gau- und Ortsverwaltungen, ihr Verzeichnis der Ausgeschlossenen entsprechend zu ergänzen.

## Abrechnungen

vom 4. Quartal 1929 gingen weiter bis zum 4. März bei der Verbandskasse ein von: Stolp 90 M., Göttingen 500 M., Zwickau — M

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in Lüdenscheid und Münster.

## Adressenänderungen.

(B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.)

**Goslar:** B: Gustav Dittmar, Friemarstr. 13a. K: R. Waltherr, Brieglebstr. 3. Auszahlung von 18 bis 19 Uhr.

**Limbach i. Sa.:** B: Hermann Defer, Querstraße 20. pr. K: S. Graupner, Hohensteiner Straße 86, IV.

**Reulingen:** B: Eugen Speidel, Ede Charlotten- und Uhländtr. K: August Späth, Hegewiesenstraße 5. Auszahlung: Werttags von 18 bis 19 Uhr.

**Ulm a. d. Donau:** B: D. Schimpf, Rosengasse 4. K: E. Weber, Bessererstraße 26.

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Der deutsche Auslandshandel mit Papierwaren. Der Ausschluß des ADG. (Schluß.) Die Schleuse soll geöffnet werden. Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin. (Schluß.) Zur Unterhaltung: Der Streikbrecher. — Senfe und Pippentst.

Aus der Sozialversicherung: Maschinenismus (Beicht.) — Sozialpolitik trotz alledem. — Das Krankengeld. — Wer erhält Invalidenrente.

Berichte: Barmen-Eberfeld — Eisenach — Frankfurt-Offenbach — Hamburg-Altona — Karlsruhe — Königsberg — Nürnberg-Fürth — Osnabrück — Rastatt — Wiesbaden.

Dankagung. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Lokalkasse — Ausschluß aus dem Verband — Abrechnungen — Adressenänderungen.